

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

20.4.1866 (No. 93)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 20. April.

N. 93.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Apr. 26. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, und Geh. Kriegsrath v. Froben.

Nach Eröffnung der Sitzung richtet der Präsident folgende Worte an die Kammer:

Hochgeehrte Herren! Die Blätter der jüngsten Tage haben uns die Kunde von einem verabschiedungswürdigen Attentat auf den Kaiser von Russland gebracht, das durch die gnädige Hand der Vorsehung vereitelt wurde. Wir haben erfahren, daß in dem Augenblick, als dasselbe stattfand, eine von uns Allen hochverehrte Fürstin, die Gemahlin unseres geliebten Prinzen Wilhelm von Baden, sich bei dem Kaiser befunden hat, und somit nicht die Gefahr desselben, doch die Schrecken theilte, die das Attentat im Gefolge haben mußte.

Das badische Volk, gewöhnt, Leid und Freude zu theilen, die sein verehrtes und geliebtes Fürstenhaus treffen, dankt der Vorsehung für den gnädigen Schutz, den sie dem hochverehrten Mitglied unseres Fürstenhauses und dem demselben so nahe verwandten Haupte des russischen Kaiserhauses zugewendet hat.

Ich gebe, indem ich dieses ausspreche, sicher nur den Empfindungen Aller, die sich als Vertreter des badischen Volkes in diesem Hause befinden, Ausdruck.

Ich bitte Sie, sich zum Zeichen dessen von Ihren Sitzen zu erheben.

Sämmtliche Abgeordnete und Regierungskommissäre erheben sich von ihren Sitzen.

Es werden vom Sekretariat die eingekommenen Petitionen angelesen.

Die Tagesordnung führt zur Beratung des vom Abg. Moll erstatteten Berichts über das ordentliche Budget des großh. Kriegsministeriums für 1866 und 1867.

Die Kommission stellt in der Einleitung des Berichts den Antrag:

„Hohe Kammer wolle den Wunsch zu Protokoll erklären, großh. Regierung möge mit ihrem ganzen Einfluß dahin wirken, daß die in der Bundes-Kriegsverfassung bestimmte Dienstzeit von 2 Jahren für die Infanterie auf 1 1/2 Jahre, und die Dienstzeit der übrigen Waffengattungen im Verhältnis so weit thunlich herabgesetzt werde.“

Generalleutnant Ludwig gibt hierauf die Erklärung, daß es der Regierung unmöglich sei, auf diesen Wunsch einzugehen. Wenn man eine 1 1/2-jährige Präsenzzeit wolle, müsse er konstatieren, daß durch deren Einführung die Budgetforderung doch die jetzige bleiben würde. Die Beurtheilung gar mancher militärischen Verhältnisse könne aber nur zu korrekten Schlüssen gelangen, wenn sie von einem Militär ausgehe.

Abg. Roder unterstützt den Antrag von ganzem Herzen, indem unsere Militäreinrichtungen für den Frieden zu theuer und für den Krieg unzureichend seien.

Geh. Kriegsrath v. Froben gibt alle Bedenken zu, sofern die Betrachtung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geschehe, aber nimmt unter dem politischen Gesichtspunkt. Der militärische Geist und die Erziehung des Soldaten hänge

einzig vom Präsenzstand ab, und ein solcher von 2 Jahren sei nicht zu groß. Gegen unsere Nachbarstaaten seien wir im ganzen Heeresstand wie im Präsenzstand nicht unbedeutend zurück. Der Militärstand sei nicht bloß eine Bürde, sondern, wenn bloß mittelbar, auch produktiv.

Wo immer Ersparnisse möglich, sei die Kriegsverwaltung bemüht, sie eintreten zu lassen.

Generalleutnant Ludwig: Das wichtigste Moment bei einem Soldaten sei die Disziplin, zur Erlangung dieser sei aber hinreichende Zeit nöthig; dazu komme auch noch die Uebung in den neuen Schießweisen.

Abg. Friedrich spricht ebenfalls für den Antrag und einen kleineren Präsenzstand im Winter.

Abg. Hufschmid wünscht, daß man eine befriedigende Lösung der allgemeinen deutschen Wehrfrage nie aus dem Auge verliere.

Abg. Kirchner trägt darauf an, daß der Wunsch der Kommission nicht zu Protokoll genommen werde.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. v. Feder stellt an die Regierung die Anfrage, ob und welche Schritte in Errichtung eines Barackenlagers geschehen, und ob Erfolge zu hoffen seien?

Generalleutnant Ludwig: Ein tauglicher Platz sei gefunden, und biete derselbe zugleich die Möglichkeit einer Vereinigung des ganzen 8. Armeekorps. Die Bereitwilligkeit zu einem gemeinsamen Zusammengehen sei bereits wiederholt von den betreffenden Kriegsministerien ausgesprochen worden. Durch dieses Barackenlager werde die Harmonie und der Geist der Zusammengehörigkeit im 8. Armeekorps gestärkt werden. Der Bezug desselben geschehe im Spätjahr 1867 erstmalig.

Abg. v. Feder ist durch diese Erklärung befriedigt und glaubt, daß die Regierung, wenn sie auf diesem Wege fortfahre, jeden Vorwurf beseitige, die so bedeutenden Summen würden zwecklos verwendet.

Abg. Moll spricht der Regierung den Dank für ihre Sparsamkeit und Ordnung in der Kriegsverwaltung aus und hält eine geringere Präsenzzeit für möglich, was jedoch der Kriegsminister nochmals in Abrede, indem er die Nothwendigkeit einer zweijährigen Präsenzzeit ausführlich nachweist.

Abg. Schaaff fragt bei der Regierung an, ob das verschonte Lager der Bundesfestung Rastatt zum Ausbau komme?

Generalleutnant Ludwig: Borerst nicht, da noch höhere Bedürfnissen ausgesprochen werden müßte, die bedeutende Summen in Anspruch nehmen.

Abg. Dr. Pagenstecher drückt den Wunsch aus, die Regierung wolle in Würdigung des Verdienstes der Militärärzte denselben ihren Gehalt entsprechend aufbessern und auch deren Zahl vermehren, da die jetzige ungenügend sei.

Der Kriegsminister anerkennt die hohe Bedeutung der Militärärzte, hält aber eine Vermehrung der Zahl nicht für geboten, eine Gehaltserhöhung nur dann für gerecht und möglich, wenn solche auch auf die Verwaltungsbeamten ausgedehnt werde.

Abg. Knies betont besonders die durch die neuen Kriegseinrichtungen hervorgerufene vermehrte Arbeitsleistung und die größere persönliche Gefahr der Militärärzte im Krieg. Die Parallele mit den Rechnungsbeamten sei nicht zutreffend.

Abg. Moll glaubt, eine Funktionszulage der letztern im Kriegsfall genüge.

Geh. Kriegsrath v. Froben: Die Dienstleistung der Verwaltungsbeamten sei nicht zu unterschätzen; sie hätten auch im Frieden keinen Nebenberuf.

Abg. Diez: Der amerikanische Krieg habe uns große Lehren gegeben, von welcher Bedeutung tüchtige Kerze wie Verwaltungsbeamte seien. Er stimme für Alterszulagen.

Abg. v. Roggenbach: Entscheidende Momente für Aufbesserung der Verwaltungsbeamten lägen nicht vor. Darum aber dürfe man nicht die berechtigten Ansprüche der Militärärzte unberücksichtigt lassen. Diese Ansprüche finde er für sie während des Kriegs.

Geh. Kriegsrath v. Froben: Mit demselben Recht könnten die Offiziere während des Friedens mehr verlangen.

Abg. Heilig bringt Klagen der Bauern, und zwar besonders im Seekreis zur Kenntniß der Regierung, daß so wenig Militärpferde im Inland angekauft werden, und knüpft daran einen beifälligen Wunsch.

Kriegsminister Ludwig: Seit der Remontehof aufgehoben, sei es der Remontirungskommission nicht möglich, je-welch genug volljährige und taugliche Pferde im Land zu finden.

Abg. Heilig: Der Grund sei wohl der, daß zu große Vorliebe für die norddeutsche und ungarische Race vorhanden sei.

Abg. Roder unterstützt den Wunsch.

Abg. Kufel stellt bei dem betr. Budgettitel an die großh. Regierung die Anfrage, ob es nicht möglich sei, eine Auditorstelle bei einer kleineren Garnison, wie z. B. Konstanz oder Rastatt einzugehen zu lassen und dafür die andern nach Gebühr besser zu stellen.

Von der Regierung wird die Verminderung der Auditorstellen als durch die Verhältnisse nicht zulässig bezeichnet.

Modifikationen der Regierungsforderungen finden durch die Kommission statt in Tit. I, wo 75 fl. für 1867 für Heizungskosten abgezogen werden.

Zu Tit. III, 2), worin 4000 fl. Mehrbetrag der Gage für 8 Majore gefordert wurden, stellt die Kommission den Antrag:

„Hohe Kammer wolle, unter Genehmigung der Mehrforderung für 5 Majore im ordentlichen Budget, bei „Tit. III 2) Infanterie“ von der Gesamtforderung ad 1,249,151 fl. den Mehrbetrag der Gage für 1 Major in das außerordentliche Budget verweisen mit 500 fl., dem weitem Mehrbetrag für 2 Majore die Genehmigung versagen, à 500 fl., mit 1000 fl., und nach Abzug dieser 1500 fl. im ordentlichen Etat bewilligen: 1,247,651 fl.“

Zu Tit. III, 3) empfiehlt die Kommission folgenden Antrag:

„Hohe Zweite Kammer wolle sich damit einverstanden erklären, daß derjenige Theil der Mindeerverwendungen an Fourage und Pferdegeld, sowie an Verpflegungskosten der vorübergehend weniger im Dienst befindlichen Mannschaft der Reiterei und berittenen Artillerie pro 1866/67, welcher neben den übrigen Ersparnissen an Tit. III „Armeekorps“ nicht auch noch zur Deckung der Kosten des Barackenlagers benützt werden muß, wie früher dem „Remontirungsfond“ zufließe.“ Sämmtliche Kommissionsanträge werden trotz der eingehendsten Begründung der Regierungsforderung durch ihre Vertreter angenommen.

Die musikalische Osterwoche in Karlsruhe.

II.

„Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!
Du, Geist der Erde, bist mir näher —“

möchten wir mit Faust ausrufen, wenn wir das heilige Buch der Psalmen nun schließen, um den Weissagungen Beethoven's und Schiller's von einer kommenden idealen „Welt-Brüdergemeinde“ zu lauschen, deren unendlicher Dom das „Sternenzelt“ sein wird. „In der D-dur-Messe (op. 123) schrieb Beethoven eine ideale Kirchengeschichte, in der D-moll-Symphonie (op. 125) eine prophetische Geschichte des kommenden Jahrhunderts; seine Messe ist die Geistesmutter der Chor-Symphonie, und an mehr als einer Stelle wird die Symphonie zur Messe, die Messe zur Symphonie.“ (W. v. Lenz.)

Ueber die Chor-Symphonie ist wohl mindestens schon ebensoviel gesagt worden, als über die Passionsmusik, wir glauben sogar, noch mehr, — aber noch lange nicht genug! Denn hier divergieren die Ansichten noch immer in merkwürdiger Weise, und wir können keineswegs die optimistischen Ansichten Derer theilen, welche in wohlwollender Anticipation hier die Alten schon für geschlossen halten. Nach jeder Aufführung dieser Symphonie kann man sich im Publikum leicht vom Gegentheil überzeugen, und wenn diese Urtheile auch in aller Verschiedenheit (was übrigens keineswegs immer der Fall ist) nur als „unmaßgebliche“ auftreten, so liefern sie doch den Beweis, daß man der kleinen Gemeinde, welche die Symphonie in ihrer Totalität schon erfasst hat, bis zu der Welt-Brüdergemeinde, welche Beethoven vor seinem Geist schon erblickt — noch ein gewaltiger Schritt ist. Allerdings sind wir nunmehr glänzlich über jene Periode geistiger Beschränktheit (das Produkt einer mit Unverschämtheit gepaarten Philisterei) hinaus, in welcher die neunte Symphonie „eine höchst merkwürdige Verirrung des durch seine gänzliche Gebildetheit unglücklich gewordenen Mannes“ genannt wurde (vergl. die „Allgem. Musikzeitung vom Jahr 1828) — aber zwischen dieser Blasphemie und der

vollen Erkenntniß der Beethoven'schen Mission liegt die Gedankentiefe einer ganzen Kulturpoese, an deren Ende wir noch lange nicht stehen.

Die Weisten glauben schon vollkommen genug gefast zu haben, wenn sie dem Beethoven'schen Geist die „Konzeptionen machen, die Instrumentalstücke ohne wesentlichen Vorbehalt „anzuerkennen“, um dafür desto ungestrafter ihr Mühen am letzten Saß fühlen zu können; was freilich nichts Anderes heißt, als dem Großmästler der Symphonien sein Fundament und die Ruppelwölbung rauben, um den nunmehr zwischen Himmel und Erde schwebenden Rumpf mit archaischer Gelehrsamkeit zu unterfassen, ohne doch jemals eine Totalität daraus rekonstruieren zu können! Indessen sind wir noch nicht einmal mit dem musikalischen Erkenntniß jener drei Instrumentalstücke zu Ende. Oder wer wäre denn, bis vor wenig Jahren, auf den genialen Gedanken gekommen, eine (wenn auch fast un-sichtbar verborgene) thematische Einheit dieser drei Sätze sowohl unter sich, als namentlich in Beziehung auf den letzten nachzuweisen? Dies war dem Russen Séroff vorbehalten; er machte diese, nicht wenig sensation erregende Entdeckung bei der Leipziger Konfänfler-Versammlung (1859) bekannt, und wir wollen hier nur das Eine anführen: daß das vollstimmliche Thema des Freudenliedes im Chor-satz, dessen Intervalle sich sämmtlich in der D-dur-Skala, und zwar nur im Tonumfang einer Quinte, bewegen (wie denn überhaupt die Quinte in dieser Symphonie eine enorme Rolle spielt), bereits als Embryo im ersten Satz (Gegenmotiv, in der Skala von B-dur) sich zeigt, und noch entschiedener, wenn auch in anderem rhythmischen Gewande, als Trio des zweiten Satzes (hier sogar auch in D-dur), auftritt. — Auch von andern Motiviliedern hat Séroff diesen „Monothematismus“ nachgewiesen, der für die Interpretation des Ganzen um so bedeutender ist, als selbst eine so gewichtige musikalisch-kritische Stimme, wie Martz, noch vor kurzem behauptet konnte: „Das Chor-Finale sei auf äußerliche Anknüpfung, als ein zweiter Gedanke zum ersten (der Instrumentalsymphonie) getonten“; — von

absoluten Aesthetikern, wie B. Strauß u. A. ganz zu schweigen, in deren Systemen die Musik bekanntlich stets zu kurz kam, weil man über Musik nicht schreiben kann, ohne Musik zu verstehen, und weil hierzu ein besonderer Sinn gehört, den man mit dem ästhetischen Geist nicht ausbilden und mit dem größten Aufwand von Scharfsinn nicht ersehen kann, — wenn er nicht schon von Natur vorhanden ist.

Aber auch abgesehen von diesem thematischen Zusammenhang, der nur für den eigentlichen Musiker von Interesse sein kann, können wir nicht zugeben, daß die Symphonie überhaupt „verstanden“ sei, so lange man sie nicht in ihrer Totalität begreifen will. Wir legen auf den ideellen Zusammenhang des Ganzen (wofür der thematische doch immer nur als ein Symbol gelten kann) das Hauptgewicht, und finden den Kernpunkt des Werkes darin: „Daß Beethoven nicht etwa das menschliche Wort in seine Symphonie gezogen habe, weil seine instrumentale Kräfte erschöpft oder seine Gedanken zu Ende waren, sondern weil ihn dialektische Gesichtspunkte bei dieser Arbeit geleitet haben, und es ihm sehr wichtig war, in denselben nicht mißverständen zu werden.“ (Ghert, Briefe über Musik.) Also — mit andern Worten — diese Symphonie ist eine Programm-Symphonie, und kann nur als solche verstanden werden. Wer diesen, schon viel mißverständenen und viel mißhandelten Begriff prinzipiell verwirft — und der Segner der Programmmusik findet hierbei unter den rigoristischen Musikern noch Bundesgenossen genug, — dem bleibt folgerichtig Nichts übrig, als Beethoven auf die Anklagebank der Schulästhetik zu setzen und den Propheten eines verwerflichen Dualismus zu beschuldigen. Doch ist es bekanntlich in der Weltgeschichte schon öfter dagewesen, daß der, der allein zum Richter berufen war, sich nicht richten lassen! Lessing freilich sagt im „Laokoön“: „Wie Manches würde in der Theorie und in der Praxis sich scheitern, wenn es dem Geiste nicht gelangen wäre, das Widerspiel durch die That zu erweisen.“ Biele aber ist die Theorie lieber (weil sie ihnen näher liegt), als das Geiste! (Zorn, selgt.)

Die Minberbewilligungen stellen sich für 1866 auf 1000 fl. und für 1867 auf 1075 fl.; bewilligt werden demnach im ordentlichen Budget für 1866 die Summe von 3,011,337 fl., von 3,002,134 fl. für 1867; im außerordentlichen Budget für 1866 und 1867 je der Betrag von 1100 fl.

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

† **Karlsruhe**, 19. Apr. Nachtrag zum Bericht über die 23. Sitzung der Zweiten Kammer.

Abg. Haager ist im Wesentlichen mit dem Abg. Prestinari einverstanden und setzt sein politisches Glaubensbekenntnis als bekannt voraus. Er werde nie zu einem Bruch zwischen Deutschland und Oesterreich seine Zustimmung geben. Wer bisher die Bismarck'sche Politik genau verfolgt habe, dem sei gewiß dessen neuerlicher Schritt nicht aufgefallen; aber schwer sei es, keine Satyre darüber zu schreiben, daß gerade Bismarck, der Todfeind alles Parlamentarismus, auf einmal eine deutsche Volksvertretung wolle. Wenn der preussische Reformvorschlag angenommen werde, dann sei auch das Bismarck'sche Regiment für einige Zeit in Deutschland gesichert. Dessenungeachtet solle man das Projekt nicht zurückweisen, doch nicht weil, sondern obgleich es uns Bismarck bietet. Er sehe, wie im Allgemeinen, so auch in dieser Frage sein volles Vertrauen in die große Regierung, die es an geeigneten Maßnahmen nicht werde fehlen lassen.

Abg. Schaaff stimmt für den Knies'schen Antrag unbedingt, den geäußerten Zweifeln gegen die Aufrichtigkeit der preussischen Ministerialpolitik gegenüber bemerkend, „es bestehe in Preußen noch ein höherer Wille, und diesem vertraue er“. Uebrigens könnte man nach der Erklärung des Hrn. Ministers ohne weiteres die Tagesordnung beschließen, indem sie das enthalte, was der Knies'sche Antrag verlange, wenn nicht zu befürchten wäre, daß ein solcher Kammerbeschluß außer dem Hause zu Mißverständnissen führen möchte.

† **Karlsruhe**, 19. Apr. 27. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 20. April, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Knies über den Gesetzentwurf, „die Abänderung des Konfiskationsgesetzes in Bezug auf das Einstandsweesen betreffend.“

Deutschland.

Frankfurt, 16. Apr. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Es ist von Berlin aus bereits mehrfach auf die Wichtigkeit der österreichischen Depesche vom 16. v. Mts. aufmerksam gemacht und die Erwartung einer Veröffentlichung derselben ausgesprochen worden. Ich glaube indessen nicht, daß dieses Aktenstück in die Öffentlichkeit gelangen wird, da dasselbe wichtige Aufschlüsse oder Orientirungen über die österreichische Politik in jenen Tagen zu geben geeignet ist, welche die jüngsten Erklärungen des Wiener Kabinetts abzuschwächen geeignet sein würden. Eine Depesche wurde auf das Anrathen der Freunde Oesterreichs überhaupt später zurückgezogen; sie war übrigens an Höfen, bei welchen Oesterreich eine Hineinwirkung zu Preußen voraussetzte, nicht vorgelesen oder nur theilweise mitgetheilt, und hat, wie mein Gewährsmann zu wissen behauptet, den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß die Regierungen am Bunde die Herstellung der Kriegsbereitschaft der Bundeskorps beantragen möchten; daß nach der Publikation der österreichischen Note vom 7. d. Mts. die Neugierde groß ist, dieses österreichische Schriftstück kennen zu lernen, ist hiernach begreiflich. Ob sich dann die Behauptung der Berliner Offiziösen bestätigen würde, daß dieses Aktenstück den Beweis liefere, Oesterreich habe sich damals mit aggressiven Plänen gegen Preußen beschäftigt und mit der Depesche zugleich seine Truppencadres geschoben, muß dahingestellt bleiben.

Darmstadt, 17. Apr. Wie in andern Zollvereins-Staaten ist auch hier ein Pferdeausfuhr-Verbot erfolgt.

Gotha, 16. Apr. Der Landtag unseres Landes, der seit Juli v. J. vertagt war, hat heute seine Thätigkeit wieder begonnen.

Dresden, 17. Apr. Das „Dresden. Journ.“ sagt (wie telegraphisch bereits angedeutet) zur Berichtigung bekannter Aeußerungen der „Nordd. Allg. Ztg.“:

Was die „auswärtigen Mächte“ betrifft, welche nach der „N. A. Z.“ in Wien die Zurückziehung der Note vom 7. Apr. bekräftigt haben sollen, so wird hierunter, so viel uns bekannt ist, wohl nur eine derselben, nämlich die kaiserl. russische Regierung, zu verstehen sein. Wenn sodann die „N. A. Z.“ am Schluß ihres Artikels sagt, daß „von Wien aus auf eine schleunige Beantwortung des Schriftstückes mit der Drohung gedrängt worden wäre, daß Oesterreich seine Rüstungen ohne Weiteres ausdehnen würde, falls nicht bald die österreichische Note in befriedigender Weise von Preußen beantwortet werden würde“, so könnte es allerdings den Anschein gewinnen, als sei nach der Note vom 7. Apr. noch eine neuere österreichische Erklärung nach Berlin gelangt, in welcher die gedachte Drohung enthalten sei. Dem ist jedoch unseres Wissens nicht so, und die „drängende Drohung“ Oesterreichs existirt überhaupt, wie uns versichert wird, nur in den Spalten der „Nordd. Allg. Ztg.“ Die Sache hat vielmehr folgenden Zusammenhang: Bekanntlich hat die kaiserl. bayrische Regierung, welche, wie auch die Berliner officiösen Blätter ausdrücklich anerkennen, eifrig bemüht ist, in dem Konflikt zwischen den beiden deutschen Großmächten eine Verständigung herbeizuführen, unterm 31. März eine Note an ihre Vertreter nach Wien und Berlin gerichtet, worin sie an Oesterreich und Preußen das Ersuchen stellt, ihr auszusprechen, daß sie sich jedes gewaltsamen Angriffs auf andere Bundesglieder unbedingt enthalten werden, daß sie vielmehr bereit seien, sofort in Verhandlungen zur Wahrung des Friedens im Bunde einzutreten. Sie hat dieser Mittheilung in Folge des preussischen Reformantrags eine zweite folgen lassen, um die Einstellung beziehentlich Rückgängigmachung der Rüstungen zu erwirken. Auf dieses Ersuchen hat nun, wie wir vernehmen, das kaiserl. österreichische Kabinett in seiner Antwort nach München die aufrichtige Absicht zu einer vollständigen Entwaffnung bekannt gegeben und sich dahin ausgesprochen, daß Oesterreich bereit sei, sofort alle bereits getroffenen militärischen Vorkehrungsmaßregeln rückgängig zu machen, sobald es nur Bürgschaft dafür haben werde, daß Preußen seine, Oesterreich bedrohenden Rüstungen ebenfalls einzustellen gelonnen sei, worüber die kaiserl. Regierung, im Interesse ihrer Sicherheit, einer

halbtägigen Gewissheit bedürfe. Hierauf hin wandte sich die kaiserl. bayrische Regierung wiederholt an das Berliner Kabinett, indem sie unter Mittheilung der von Oesterreich erhaltenen Antwort das dringende Ersuchen um eine gleiche Antwort erneuerte. Und hierin mag man in Berlin die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ erwähnte, zur Beantwortung der Note vom 7. Apr. drängende „Drohung“ gefunden haben. Wir können hieran die Mittheilung knüpfen, daß die von Bayern gewünschte Erklärung preussischer Seite versagt worden ist. Dagegen wollen wir nicht unbemerkt lassen, daß die preussische Antwort auf die österreichische Note vom 7. Apr., welche — wie wir bereits gemeldet — vorgelesen in Berlin abgegangen ist, obwohl dieselbe als in der Sache ablehnend lautend bezeichnet wird, doch einen Weg offen lassen soll, welcher eine Wendung zum Frieden hoffen läßt, indem ein Schlußpaktus derselben darauf hinweist, daß es in Oesterreichs Hand liege, zur Herstellung des status quo ante die Initiative zu ergreifen.

Altona, 18. Apr. (Mürib. Kor.) Mehrere schleswig'sche Vereine haben, um den durch die Zuchthausverordnung angeordneten Strafen auszuweichen, den Beschluß gefaßt, der unabwählbaren Nothwendigkeit Rechnung zu tragen und demnach politische Demonstrationen zu vermeiden.

Neumünster, 15. Apr. Heute wurde hier eine Delegirtenversammlung der schleswig-holsteinischen Kampfgesellschaften-Verine des Landes abgehalten, welche vom derzeitigen Vorort Altona berufen war. Der hiesige Amtmann, Hr. v. Stemann, erschien in der Versammlung und erklärte dem Vorsitzenden, daß er von der Landesregierung beauftragt sei, darüber zu wachen, daß keine politische Verhandlungen in der Versammlung stattfinden. Demgemäß wurde auch nur die rein geschäftliche Tagesordnung erledigt. Auf Vorschlag des bisherigen Vororts Altona wurde Kiel zum neuen Vorort gewählt.

Schleswig, 16. Apr. Die neueste Nummer des „Verordnungsblatts für das Herzogthum Schleswig“ veröffentlicht eine vom 6. Apr. datirte Bekanntmachung des Zivilkommissarius Jhrn. v. Zedlitz, durch welche von jetzt ab auch die in Dänemark erscheinende „Fyens Stiftstidende“ im ganzen Umfang des Herzogthums Schleswig verboten wird.

Berlin, 18. Apr. Die „Kreuz-Ztg.“ ist bezüglich der neuesten preussischen Depesche der Meinung:

... Das unbefangene Deutschland wird darin den Abschluß und das Resultat einer wichtigen Phase des bereits ausgebrochenen Kampfes zwischen beiden Großmächten erblicken. Den Abschluß: insofern ein weiterer Schritt auf dem bisherigen Weg der Unterhandlungen jetzt, wo Preußen von Oesterreich dasselbe zuerst gefaßt verlangt, was Oesterreich von Preußen fordert — unmöglich erscheint. Das Resultat: insofern Graf Bismarck noch einmal den ganzen Charakter der bisherigen Haltung Oesterreichs in diesen diplomatischen Erörterungen, dies künstliche Zusammenfügen von Voraussetzungen und Gerüchten, diese Zusammenstellung von Vermuthungen, Auslegungen, Gerüchten, Erzählungen“ Neuere passiren läßt. Wo wird die folgende Phase dieser unseligen Bewildung einsetzen?

Aus Frankfurt a. M. ist der Sanitätsrath Dr. Struck (früher Hausarzt der Familie Bismarck) hier angekommen. Derselbe hatte eine Konsultation mit dem hiesigen Arzt des Ministerpräsidenten. — Zur Feier des heutigen Jahrestags der Erstürmung der Düppeler Schanzen werden heute Abend von den hiesigen Kampfgesossen-Vereinen Festversammlungen abgehalten.

Berlin, 18. Apr. (W. L. B.) Die „Provinzial-Korresp.“ schreibt: Für Preußens Gesamtpolitik ist es höchst wichtig, daß durch die Bundesreform die Möglichkeit gewonnen werde, eine Ausgleichung der Militärlasten Preußens gegenüber Deutschland, und damit eine Ausgleichung des innern Zwispalts in Preußen zu finden. Mit der preussischen Antwort vom 15. April wird der Schriftstreit für's erste beendet sein. Oesterreich würde die Friedensbürgschaften durch einen thatsächlichen Schritt bewahren müssen. Die Anrufung des Deutschen Bundes wird österreichischer Seite schwerlich ausgeführt werden, da sie voraussichtlich ganz erfolglos ist. Der Deutsche Bund kann Einfluß auf die Beilegung der Differenzen nur durch aufrichtiges Eingehen auf den preussischen Bundesreform-Antrag üben. Vorläufig scheint anzunehmen zu sein, daß die Bemühungen einzelner Mittelstaatspolitiker, dies zu hindern, eitel Bemühen bleiben, vielmehr die Mehrzahl der Regierungen für die Vorberathung des preussischen Antrags in einer Spezialkommission stimmen werde.

Ferner bemerkt die „Provinzial-Korresp.“: Es sei bisher im höchsten Grad zweifelhaft, ob der Prinz von Hohenzollern die Wahl zum Fürsten von Rumänien annehmen werde.

Berlin, 19. Apr. (Fr. J.) Wider alles Vermuthen hat die Regierung die Wahl des liberalen Abgeordneten Hagen zum Kammerer von Berlin bestätigt.

Wien, 16. Apr. Die „Wien. Abendpost“ schreibt:

Die öffentliche Meinung von ganz Deutschland hat sich mit solcher Einstimmigkeit gegen jede Störung des Friedens, insbesondere gegen jede Macht ausgesprochen, von welcher der Friedensstörung auszugehen würde, daß Oesterreich, das doch sonst nach keiner Richtung hin Anlaß hat, den Krieg zu suchen, schon darin die zwingendste Mahnung erblicken müßte, an seiner bisherigen Gesinnung festzuhalten. Und von einer Uebererfassung Preußens kann doch sicher in einem Augenblick, in welchem von österreichischer Seite nicht einmal die vorbereitenden Schritte zu eigentlichen Rüstungen geschehen sind, nicht die Rede sein.

† **Wien**, 17. Apr. Nach Allen, was über den Inhalt der heute hier übermittelten preussischen Antwort auf die Depesche vom 7. Apr. verlautet, bietet dieselbe, trotzdem sie an Schärfe des Tons der eben genannten Depesche mindestens nichts nachgibt, doch so bestimmte Anhaltspunkte für die Hoffnung einer erfolgreichen Weiterführung der Verhandlungen, daß das hiesige Kabinett keinen Anstand nehmen kann und wird, seinem eigenen tief empfundenen Friedenswunsch und Friedensbedürfnis einen erneuerten Ausdruck zu geben und durch eine milderen erläuternde Sprache wieder in die Bahn derjenigen ruhig sachlichen Erörterung einzulenken, welche allein dem Ernst des Gegenstandes und der Würde

zweier großen Mächte angemessen erscheint. Graf Karolyi dürfte schon in den allernächsten Tagen im Stande sein, einen Schritt in der angedeuteten Richtung zu thun, und in jedem Fall hören wir die Befürchtung, daß die Verhandlungen ganz abgebrochen oder doch auf einem andern Terrain weitergeführt werden möchten, als zur Zeit noch ganz ungerechtfertigt bezeichnet.

Wien, 17. Apr. (N. Frk. Ztg.) Das Patent bezüglich der Ausgabe von Staatsnoten wird am 19. April erwartet. Den Anträgen Oesterreichs und der Mittelstaaten in Betreff der Bundesreform-Frage ist die Mehrheit gesichert.

Wien, 18. Apr. (Fr. P. Ztg.) Die in Umlauf gesetzten Ministerkrisis-Gerüchte werden von der officiösen „Oesterreich. Zeitung“ aufs bestimmteste dementirt.

Wien, 18. Apr. (Allg. Ztg.) Oesterreich wird die letzte preussische Depesche mit dem Vorschlag zur Festsetzung eines Termins beantworten, bis wohin beide Mächte abzurufen hätten.

Oesterreichische Monarchie.

Wesb, 16. Apr. Heute begann an der Magnatentafel die Adressdiskussion. Die Annahme der Adresse, wie sie von der Deputirtenafel vorgeschlagen wurde, gilt für wahrscheinlich. Die Zweite Kammer verstärkte heute den Ausschuss für Kommunalangelegenheiten durch die Ernennung von 15 siebenbürgischen Mitgliefern des Hauses; auch wurde eines dieser siebenbürgischen Ausschussmitglieder zum Vizepräsidenten erwählt. Die Deputation der kroatischen Kammer wird heute hier erwartet.

Wesb, 18. Apr. (W. L. B.) Die Magnatentafel nahm die zweite Deputirtenadresse bei namentlicher Abstimmung mit 106 gegen 102 Stimmen an, nachdem der Präsident Baron Sennly vorher in längerer Rede die Herstellung des Rechtszustandes als Regierungsprogramm bezeichnete, welches die Regierung stets vor Augen haben werde, bezüglich des Königsreifeits bemerkend, daß ein Rückschritt hinsichtlich der in der Thronrede gemachten Verheißungen den Regierungsabsichten fernstand und fernstehe.

Italien.

* **Florenz**, 16. Apr. Die Abgeordneten-Kammer diskutirte heute verschiedene Gesetzentwürfe von untergeordnetem Interesse, die angenommen wurden. Hr. Raelli legte den Bericht der Kommission für Aufhebung der religiösen Körperschaften vor. Der Handelsminister legte den Gesetzentwurf in Betreff des Credit foncier vor. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf vor, welcher bezweckt, die Verwaltung nach dem Budget von 1866 bis zur definitiven Genehmigung dieses Budgets zu gestatten. Der Minister des Innern endlich legte einige Gesetzentwürfe von lokalem Interesse vor. Der Bericht der Kommission, welche mit Prüfung des Finanzetats betraut ist, wird nächstens vorgelegt werden.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Apr. Der „Abend-Moniteur“ meldet, daß der Kaiser auf die Nachricht von dem Attentat dem Elyseum telegraphisch seine Glückwünsche ausdrückte. Heute wurde in der russischen Kapelle ein Te Deum aus dem gleichen Anlaß gefeiert. Baron Bubberg, die Gesandtschaft, Baron André, Kabinettsdirektor des Hrn. Drouin de Lhuys, sowie die russische Kolonie wohnten der Feier an. — Deutschland betreffend konstatirt das offizielle Blatt, daß der österreichisch-preussische Konflikt in eine neue Phase getreten und — für den Augenblick wenigstens — die Frage der Bundesreform, welche schon vom Okt. 1861 bis Ende 1863 an der Tagesordnung war, an Stelle der Angelegenheit der Herzogthümer gelangt sei. — Die „France“ bringt unter allem Vorbehalt das Gerücht, Graf Bloome, der österreichische Gesandte zu München, sei in diesem Augenblick in Paris. — Emil Dillwieber wird, wie man sagt, die „Presse“ verlassen; diese soll in den Besitz des Hrn. Mirès übergehen und ein Regierungsblatt werden. Der „Italia“ von Neapel und dem Genueser „Movimento“ zufolge wurden in der italienischen Marine alle Cadres ausgefüllt, die alten Offiziere pensionirt und Admiral Garbano an die Spitze aller Geschwader gestellt. Alle disponiblen Fahrzeuge werden unverzüglich armirt und gefahren, 17, sollte die Aushebung der Schiffsmannschaft beginnen. — Zur Einweihung der Mozart-Statue hat Rossini zwei Kompositionen nach Wien geschickt: 1) Gesang der Titanen, 4stimmig, mit Orchester, und 2) Weihnachts-Nacht, Pastorale für 8 Stimmen, mit Begleitung des Klaviers und Harmoniums. — Rente 67.15, Cred. mob. 593.75, ital. Anl. 53.65.

* **Paris**, 18. Apr. Im Gesetzegeb. Körper dauert die Diskussion über die mannichfachen maritimen und industriellen Fragen mit ungeschwächter Lebhaftigkeit, doch ohne irgend die geringste politische Färbung, fort. Es ist ein Kampf der sich schwer beeinträchtigt glaubenden Interessen der nationalen Produktion gegen die Freihandelsprinzipien in ihrem bis jetzt in Frankreich verwirklichten Fall. Die Opposition der Linken ist daran nur insoweit theilhaftig, als das eine oder andere ihrer Mitglieder aus persönlichen Gründen irgend einen Standpunkt vertreten zu müssen glaubt. Der Fortschritt auf dem volks- und staatswirtschaftlichen Gebiete findet gerade in den Regierungsorganen, den Hrn. Rouher und de Forcade la Roquette, gediegene Vertheidiger, während die Hrn. Thiers und Pouyer-Quertier als Wortführer in den Reihen der Schutzdöllner kämpfen. Die allgemeine Diskussion über den nun schon seit beinahe einer Woche auf der Tagesordnung befindlichen Gesetzentwurf wurde in der Montagsitzung geschlossen; die Diskussion scheint aber aus jedem einzelnen Paragraphen neue Nahrung sich zu schöpfen.

Art. 1, der heute zur Verhandlung kam, bestimmt, daß alle Rohstoffe und Fabrikate des Auslandes, Dampfmaschinen und einzelne Maschinen mit einbezogen, welche zum Bau, zur Vervollständigung, Ausbesserung und Unterhaltung von Handelsschiffen dienen, Zollfrei eingehen, unter der Bedingung, daß der Nachweis über ihre Verwendung zu dem bestirnten Zweck innerhalb eines Jahres geliefert wird. Jed-

Zunüberhandlung wird mit der Nachzahlung der erlassenen Steuer und außerdem einer Geldbuße vom doppelten oder dreifachen Betrag der Steuer bestraft. Durch diese Bestimmung gerathen die Interessen der nationalen Industrie, namentlich Eisen- und Segeltuch-Fabriken, der Kohlengruben-Besitzer etc., in einen schweren Konflikt mit denen der Handelschiffahrt, zumal wenn das neue Gesetz sofort ins Dasein treten sollte. Die nationale Industrie beruft sich auf die bei Abschluß des englischen Handelsvertrags von der Regierung ihr ertheilte Zusicherung, sie werde, um die zum Theil so sehr überlegene Konkurrenz des Auslandes bestehen zu können, 10 Jahre lang noch auf einen Schutz Zoll von 10 Proz. rechnen können. Diese Zusicherung soll nun aufrecht erhalten bleiben. Im Interesse der Eisenwerke sprach namentlich Baron Lepsius, in dem der Segeltuchmacher Hr. Segris von Angers, wo diese Industrie stark vertreten ist. Aug. Chevalier und vor Allen Staatsminister Rouher standen für die Doktrin des Freihandels ein. Trotz mannichfachen Widerspruchs wird Art. 1 zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Im Gesetzgeb. Körper wurde heute das Dekret eingebracht, welches die diesjährige Session bis zum 21. Juni verlängert. Die Kammer fuhr in der Diskussion über das vorliegende Handelsmarine-Gesetz fort. Art. 2, welcher die Prämie für die französischen Dampfschiffe, die für französische Schiffe bestimmt sind, aufhebt, wird angenommen. Art. 3, der gestattet, ein halbes Jahr nach Promulgation des Gesetzes fremde Schiffe ohne Entrichtung von Abgaben zu kaufen, wird von Hrn. Blichet bekämpft. Er befürchtet den Verfall der nationalen Schiffbau-Werften und den allmählig eintretenden Mangel an Schiffbauern und Arsenalarbeitern. Selbst die Kriegsmarine könne darunter Schaden leiden. Hr. Dupuy de Lôme sucht, als Regierungskommissär, diese Besorgnisse zu beschwichtigen. Der Staat habe seine eigenen Arbeiter, die durch keine Veränderung in den Werften für Erbauung der Handelsmarine berührt werden.

Paris, 19. Apr. (W. L. B.) Der heutige „Constitutionnel“ schreibt: Ein fremder Fürst für den Rumänien saß entsprechend am besten den Wünschen des Landes; aber dagegen geltend gemachte Einwürfe, und die Abgeneigtheit andererseits scheint bis zu gewissen Punkten zu verlangen, darauf zu verzichten. Die einzige Kombination, welche geeignet wäre, die verschiedenen Tendenzen zu versöhnen und die Interessen aller Berechtigten zu befriedigen, scheint zu sein, einen Hospodar zu erwählen, der beauftragt ist, die Moldau und Walachei während eines bestimmten Zeitraums zu regieren. Wenn der dazu bestimmte Fürst würdig seiner Mission sich zeigen würde, so erhielt er Verlängerung seiner Gewalt, welche die Türkei sowohl, als die Garantienmächte nicht anstehen würden, zu bestätigen.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Apr. (W. L. B.) „Dagbladet“ sagt: „Es ist Grund vorhanden, anzunehmen, daß der Wellenschlag der jetzigen europäischen Bewegung auch Dänemark erreicht, und die Regierung hat fürzlich Mittheilungen erhalten, die es notwendig machen, etwas aus der bisherigen passiven Stellung herauszutreten, und möglicher Weise bedeutungsvolle Beschlüsse zu fassen. Die Aufgabe der Regierung ist die Neutralität, aber der Entwicklung der Verhältnisse ist vielleicht nicht zu widerstehen, und bei kluger Benützung der Umstände die Möglichkeit vorhanden, den erlittenen Verlust einigermaßen zu ersetzen. Das Ministerium freijüngler vereint viele Bedingungen einer erfolgreichen Wirksamkeit in sich, wenn es von dem rechten Willen besetzt ist.“ — „Dagbladet“ meldet ferner, daß der Legationssekretär Frijs von Paris hieselbst eingetroffen ist und wahrscheinlich Depeschen des Gesandten, Grafen Molke-Hvitfeld, an den Minister des Aeußern überbringt.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 18. Apr. (W. L. B.) Ueber das Attentat auf den Kaiser Alexander erfährt die Berliner „Kreuz-Ztg.“, daß der Kaiser mit seiner 13jährigen Tochter spazieren ging, und daß der Bauer das mörderische Pistol im Moment des Abdrückens niederschlug, so daß der Schuß in den Boden ging. Der Mörder soll ein russischer Gelmann sein, welcher erklärt hätte, daß er durch die Leibeigenchafts-Gesetze ruiniert worden wäre.

St. Petersburg, 17. Apr. Der Reiter des Kaisers, ein Bauer Namens Ossip Jwanow, der die Mörberhand ablenkte, wurde in den Adelsstand erhoben. Der, welcher das Attentat verübte, ist ein Russe. Gestern herrschte auf den Straßen und in den Theatern grenzenloser Jubel. Der Kaiser erschien auf dem Balkon und auf den Straßen, und besuchte das Smolnakloster.

St. Petersburg, 18. Apr. (W. L. B.) Das „Petersb. Journ.“ meldet aus Jassy, 18. Apr.: Gestern begleiteten Volksmassen den Metropolit, die Trennung der Fürstenthümer verlangend. Kavallerie schritt gegen das Volk ein, der Metropolit wurde schwer verwundet. Die Konsuln sind bei dem preussischen Konsul zusammengetreten; ein Abgesandter der Regierung erklärte die Emence für beendet. Die Meldung, daß Murusi der Anführer sei, ist falsch. Die Regierung gibt der Bewegung einen russischen Anstrich. Alle russischer Sympathien Verdächtige sind verhaftet.

Amerika.

Neu-York, 7. Apr. Hr. Lane hat im Senat den Vorschlag gemacht, bedingungsweise die Mitglieder der Südstaaten zuzulassen. Einem ziemlich zweifelhaften Gerücht zufolge wäre ein Fenerkors abgegangen, um sich der Insel Campo-Bello in der Junby-Bucht zu bemächtigen. Man spricht von einer andern Unternehmung, welche die Fener gegen Bermuda richten wollen. — General Burnside ist zum Gouverneur von Rhode Island gewählt worden. Auf Befehl des Präsidenten ist Kapitän Semmes in Freiheit gesetzt worden.

Aus Mexico wird vom 10. März gemeldet, daß die Kaiserlichen wiederholte Erfolge errungen hätten. Almonte acceptirte die Mission nach Frankreich. Die Republikaner marschiren gegen Cihuaqua an.

Preussische Depesche vom 18. April.

Die preussische Antwort auf die österreichische Note vom 7. April ist an den preussischen Gesandten zu Wien, Frhrn.

v. Werther, gerichtet und lautet nach der „Nat.-Ztg.“ wie folgt:

Berlin, den 15. April 1866.

Die Note, welche Ew. M. am 6. d. M. an den kaiserl. österreichischen Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet haben, hat dem Vortrage Veranlassung zu einer an den kaiserl. Gesandten an unserm allerhöchsten Hofe gerichteten Depesche gegeben, welche der Graf Karolyi in meinen Händen zu lassen beauftragt war und von welcher Sie in der Anlage Abschrift finden.

Ich will über die Form, in welcher diese Eröffnung gehalten ist, mit der kurzen Bemerkung hinweggehen, daß dieselbe schwer einen Schluß auf konjunktive Absichten des kaiserl. Kabinetts zuläßt.

Wenn aber die Depesche den Zweck verfolgt, die Besorgnisse vor einer Störung des Friedens auf das Verhalten Preußens zurückzuführen, so darf ich wohl behaupten, daß selten so folgenschwere politische Akte auf ein künstliches Zusammenfügen von Voraussetzungen und Gerüchten begründet worden sind. Ich unterlasse es, über diese Motive Etwas zu sagen. Aber ich kann nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß die österreichische Depesche in den Kreis sachlicher Erwägungen auch persönliche Aeußerungen gezogen hat, die ich mündlich gethan haben soll, und deren bei der Wiederholung von Mund zu Mund wachsende Ungenauigkeit sich konstatiren läßt. Und wenn mir sogar das an sich ungläubliche Verfahren zugeschrieben wird, daß ich eine von mir eben gegebene amtliche Antwort gleichzeitig selbst als nichtig und werthlos erklärt hätte, so hat mich ein so unerwartetes Mißverständnis sich konstatiren müssen, als mir bekannt gewordene Aeußerungen österreichischer Agenten im Gegentheil den befriedigenden Charakter jener meiner Antwort hervorgehoben haben.

Wozu aber soll diese Zusammenstellung von Vermuthungen, Auslegungen, Gerüchten, Erzählungen dienen? Sie kann keinen andern Grund haben, als das Bedürfnis, die Vorbereitungen Oesterreichs zu sehr ersten Zwecken zu motiviren.

Indeß dieselbe Depesche erklärt, daß keine der Verfügungen getroffen seien, welche nach der österreichischen Heeresorganisation die Eröffnung eines großen Krieges vorbereiten müßten.

Das Urtheil darüber, was unter Vorbereitungen zu einem großen Krieg zu verstehen ist, kann nach individueller Auffassung sehr verschieden sein; und ich muß daher lebhaft bedauern, daß die Depesche von den wirklich getroffenen Vorbereitungen nur in Ausdrücken redet, welche elassischer Natur und nicht geeignet sind, uns ein präzises Bild von dem wirklichen Thatsstand zu geben. „Keine irgend erhebliche Truppenkonzentration — keine Aufstellung an der Grenze — kein ungewöhnlicher Ankauf von Pferden — keine Einberufung von Urlaubern in nennenswerthem Umfang —“ das sind Alles Ausdrücke von unbestimmter Tragweite und welche die Frage hervorrufen: was denn erheblich, was nennenswerth sei? Uns näher darüber zu informieren aber sehen uns die Mittel, nachdem sogar den österreichischen Blättern die Mittheilung militärischer Nachrichten untersagt worden ist. Dieser Geheimhaltung gegenüber will ich mich nur auf die, nach der Depesche selbst, in Wahrheit vorgenommenen Dislokationen und auf den von dem Hrn. Grafen v. Mensdorff Ihnen wiederholt zugesandenen Charakter derselben beziehen, welcher in der Bewegung entfernter Truppenkörper nach der nordwestlichen Grenze und in einer Verlegung anderer in diejenige unserer Grenze nahe Wärdie besteht, in welchen sie ihre Verpflegungsmittel, von denen sie bisher entfernt gewesen, vorfinden. Diese zugesandenen Thatsachen kann der kaiserl. Hr. Minister nicht, um seinen Ausdruck zu wiederholen, in das Gebiet der „Ermessensausübungen“ verweisen. Wir haben Angehörige derselben vierzehn Tage gewartet, ehe wir unsere nur partielle und rein defensive Maßregeln ihnen gegenüber stellten. Von einer Zurücknahme der österreichischen Maßregeln, von einer Nichtausführung der die Kriegsbereitschaft gegen uns überhebenden Dislokationen ist trotz der denselben beigelegten Unerheblichkeit in der Depesche nicht die Rede.

Es muß also der kaiserl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Zurücknahme für überflüssig halten, nachdem das Wort Sr. Maj. des Kaisers dafür verpfändet sei, daß Oesterreich keinen Angriff im Sinn habe. Daraus wird folgen, daß Graf Mensdorff die in mehr oder weniger erheblichem oder nennenswerthem Grad getroffenen ungewöhnlichen militärischen Maßregeln aufrecht erhalten will. Von Preußen aber verlangt man, daß neben dem eben so klaren und bündig gegebenen Wort Sr. Maj. des Königs die Anordnungen zurückgezogen und nicht ausgeführt werden, welche allein durch die bis jetzt in nichts veränderten Maßregeln Oesterreichs hervorgerufen worden sind. Eine Mobilmachungsbefehl für die königl. Truppen ist überall nicht erlassen worden, wie ein Blick auf die mit voller Oeffentlichkeit getroffenen Anordnungen zeigt; diejenigen partiellen Vorsichtsmaßregeln aber, durch welche wir nur den österreichischen Vorbereitungen gleich zu kommen suchten, können nicht aufgehoben werden, so lange der Anlaß dazu nicht beseitigt ist. An der kaiserl. Regierung ist es also, die Initiative zu ergreifen, um ihrerseits die Dislokationen und verwandten Maßregeln, mit denen sie zugesandener Maßregeln vor irgend einer Aenderung preussischer Rüstungen begonnen, rückgängig zu machen, also den status quo ante herzustellen, wenn sie die Gegenseitigkeit in den abgegebenen Erklärungen auch auf die thatsächlichen Verhältnisse angewendet zu sehen wünscht. Es geschieht auf Befehl Sr. Maj. des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, daß ich Ew. M. hiermit ergeben ersuche, dem Hrn. Grafen Mensdorff auf das in der Depesche vom 7. d. Mts. gestellte Verlangen diese Antwort zu ertheilen.

Diesem Allerhöchsten Auftrag wollen Ew. M. gefälligst durch Vorlegung und Mittheilung einer Abschrift des gegenwärtigen Erlasses entsprechen.

Baden.

Karlsruhe, 19. Apr. Unserer neulichen Notiz über die im Mai dieses Jahres in Straßburg stattfindende Ausstellung landwirthschaftl. Produkte, Geräthe und Maschinen sind wir nunmehr in der Lage, nachzutragen, daß, wie inzwischen auch Seitens der kaiserl. französischen Gesandtschaft bekannt gegeben wurde, der Anmeldebegrenzung für diese Ausstellung bis zum 10. Mai d. J. erstreckt worden ist.

Heidelberg, 17. Apr. Man schreibt der „Freiburg. Ztg.“: Der für die hiesige Abgeordnetenversammlung vorgeschlagene Prof. Holzmann hat abgelehnt, ebenso Prof. Goldschmidt, den einige Wahlmänner im Auge hatten. Als weitere Kandidaten sind übrig: Oberamtmann Söhler von Konstantz und Redakteur Pfeiffer dahier. Aus Gründen lokaler Natur hat sich in einer neulich ab-

gehaltenen Versammlung die Mehrzahl der Wahlmänner für Letztern ausgesprochen. — Im „Frankf. Journ.“ wird neuerdings Prof. Wundt von hier als Kandidat empfohlen.

Waldbut, 17. Apr. (Freiburg. Ztg.) Heute wurde der 19jährige Sohn des hiesigen Mechanikus Dietzche hier zu Grabe getragen, nachdem dessen Leichnam von Basel eingetroffen war. Derselbe wurde dort am 9. d. M., Nachts, in einem geringfügigen Streit von einem verheirateten Arbeiter der Maschinenfabrik in den Kopf gestoßen, so daß die Messerspitze in der Hirnschale stecken blieb. Schon am zweiten Tag nahm die Verletzung einen bedenklichen Charakter an, und trotz aller ärztlichen Hilfe erfolgte der Tod am 14. d. Außer dem Gestorbenen verwundete der Thäter noch 3 Personen mehr oder weniger gefährlich.

Vermischte Nachrichten.

— **Stuttgart, 17. Apr.** Die von der Heilbronner Volksversammlung am 14. d. M. beschlossenen Resolutionen lauten: 1) Einen Krieg zwischen Oesterreich und Preußen, in welchem es eben so wenig den übrigen Staaten Deutschlands möglich wäre, neutral zu bleiben, als sich die Einmischung des Auslandes fern halten ließe, erklären wir für das größte Unglück, welches unser Vaterland widerfahren könnte, und protestiren daher gegen einen solchen aus allen Kräften. 2) Wenn aber Preußen denselben beginnt, um seine ganz unberechtigten Ansprüche auf Schleswig-Holstein mit Gewalt durchzuführen, so fordern wir von unserer Regierung, daß sie im Verein mit den übrigen bundestreuen Staaten ihm mit den Waffen in der Hand entgegenetrete, und es zu seiner Pflicht als Glied des Deutschen Bundes zurückführe. Indessen erregen uns die inmitten des preussischen Volks selbst immer härter hervortretenden Kundgebungen die Hoffnung, daß der verblendeten preussischen Regierung auf ihrem verderblichen Weg vom eigenen Volk ein Halt zugerufen werde. 3) So fest wir von der Nothwendigkeit und Wünschlichkeit einer Verbesserung der deutschen Bundesverfassung überzeugt sind, und so sehr wir eine solche in Bälde erwarten, so wenig vermögen wir dem von der bismarckianischen Regierung, welche sowohl in Schleswig-Holstein als im eigenen Lande Freiheit und Recht mit Füßen tritt, ausgegangenen Bundesreform-Vorschlag ein Vertrauen zu schenken.

— **Der Stuttgarter „Beobachter“** schreibt: In Nordlingen trafen sich am 15. eine Anzahl Mitglieder der bayerischen und württembergischen Volkspartei [Demokratie mit republikanischer Stimmung]. Resolutionen zu fassen war nicht beabsichtigt, und es wurden auch keine gefaßt. Wohl aber herrschte eine wahrhaft erhebende Einigkeit in allen Fragen, die zur Besprechung kamen; und sowohl hinsichtlich der verwerfenden Beurteilung des preussischen Antrags, als hinsichtlich der Stellung der Volkspartei gegen jeden Krieg, der nicht für Deutschland geführt werde, war man nur eines Sinnes. „Zu warten mit Hohn“, so formulirte der von München herbeigekommene Ludwig Pfau unter dem Vorsitz der Versammlung die Stellung, welche die Volkspartei zu der ersten der gedachten Fragen einzunehmen habe. Die Besprechungen über die weitere Organisation der Volkspartei bildeten den Hauptgegenstand der Verhandlungen.

— **In Trier und Düren** haben zahlreiche Volksversammlungen stattgefunden, welche sich energisch gegen den Krieg, sowie gegen eine gewaltthätige Annexion Schleswig-Holsteins ausgesprochen.

— **Dresden, 16. Apr.** Eine vom Professor Wigard zusammenberufene, ziemlich zahlreich besuchte Volksversammlung fand gestern im Linderischen Bade statt, um über den preussischen Bundesreform-Antrag Beschlüsse zu fassen. Als Redner traten auf Dr. Schaffrath, der die erste für das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer und gegen den Krieg sich ausprechende Resolution motivirte, ferner Advokat Bruner für die zweite Resolution: Einführung der Reichsverfassung von 49, Prof. Wuttke u. A. In den Resolutionen 3 und 4 wird über den preussischen Reformantrag zur Tagesordnung übergegangen, und werden die Mitglieder des 48er Parlaments, welche noch im Besitze ihrer Mandate sind, aufgefordert, Schritte zum Wiederzusammentritt der Nationalversammlung zu thun. Gegen sämtliche Resolutionen sprach Advokat Krause, welcher bestritt, daß Preußen die Ursache des drohenden Krieges sei. Die Abstimmung ergab die überwiegende Annahme obiger Resolutionen.

— **Hannover, 15. Apr. (Köln. Ztg.)** Die Behörden in Goslar haben beschloffen, das weltberühmte alte Kaiserhaus dem König zu schenken, der unlangst eine Untersuchung über die zweckmäßigste Art der Herstellung des erinnerungreichen Denkmals anstellen ließ.

— **Hamburg, 16. Apr. (Wesf.-Ztg.)** Es sind hier heute preussische Artilleriemannschaften mit 68 Munitions- und sonstigen Wagen für Düppel-Alsen durchgekommen. Dieselben wurden von Berlin aus der Eisenbahn befördert. — Die hamburgische Infanterie trägt seit gestern nicht länger Pickelhauben, sondern niedrige, recht kleidsame und anscheinend zugleich praktische Käppis mit schwarzem Kopfschweif.

— **Berlin, 18. Apr. (Köln. Ztg.)** Die gestrige Versammlung des ersten Berliner Wahlbezirks nahm einstimmig folgende, von den Abgeordneten Lasker, Twesten, Taddel und Löwe unterstützte Resolution an: „Ein Krieg befüßt Annexion ist ungerechtfertigt. Der Bundestag ist eben so ungeeignet wie das Ministerium Bismarck, die Interessen Deutschlands wahrzunehmen und die schwebende Gefahr abzuwenden. Nur eine das volle Vertrauen des Volks besitzende preussische Regierung ist heute stark genug, die verwirren Verhältnisse der Herzogthümer glänzlich zu lösen und hieran die einzig mögliche Bundesreform unter der Führung Preußens anzuknüpfen.“

— **In Wien** hat sich ein 21jähriger Kadet des Infanterieregiments Rothbach aus Liebe zu der schönen Luise Zwora, welche jüngst in der bekannten Familienkatastrophe ihren Tod fand, erschossen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

18. April	Barometer	Thermometer	Wind	Himmel	Witterung
Morgens 7 Uhr	27.10.33	+ 9.0	N. W.	schw. bew.	Sonnensch., kühl
Mittags 2 „	9.83	+ 15.0	S. W.	stark	Sonnensch., warm
Nachts 9 „	10.02	- 10.0	schw.	schw.	heiter, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. F. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Freitag 20. Apr. 2. Quartal. 47. Abonnementsvorstellung.
Der Wasserträger; Oper in 3 Akten, von Cherubini.

